

Zusammen mit diesem TOP wurde der Antrag der CDU-Fraktion mit Drucksachen-Nr. 07/0453 behandelt.

Herr Waldästl teilte mit, dass der Beschlussvorschlag seitens der SPD-Fraktion dahingehend verändert wurde, die Elternbefragung in den laufenden dritten Schuljahren der Grundschulen durchführen zu lassen. Die Wörter „und vierten“ seien aus dem Beschlussvorschlag gestrichen worden.

Er erläuterte anschließend, vor dem Hintergrund des Schulentwicklungsplanes sei die Ermittlung des Bedarfs einer Gesamtschule erforderlich.

Im Anschluss wurden seitens der Fraktionen von Herrn Kammel, Herrn Becker und Herrn Köhler die verschiedenen Standpunkte dargestellt.

Dabei wurde die Auffassung vertreten, die Stellung der Schulen in Sankt Augustin werde durch eine Gesamtschule geschwächt.

Ferner wurde ausgeführt, aus einer Elternbefragung würden Erwartungen geweckt, die jedoch voraussichtlich nicht befriedigt werden können und die Kosten der künftigen Vorhaben und Pflichtaufgaben für Sankt Augustin würden das Schultern der Kosten einer Gesamtschule unmöglich machen. Auch werde bei den Eltern unter einer Gesamtschule eine Ganztagschule verstanden, derzeit sei allerdings eine Gesamtschule als Halbtagschule genehmigungsfähig.

Außerdem wurde noch die Auffassung vertreten, das Vorhaben der Befragung erfolge zum falschen Zeitpunkt, da sich Veränderungen in der Schullandschaft abzeichneten.

Seitens der antragstellenden Fraktion wurde durch Herrn Knülle noch ausgeführt, es sei darauf hinzuwirken, dass Schüler hier in Sankt Augustin gehalten werden. Es sei auch denkbar, dass zwei Kommunen eine Gesamtschule als gemeinsamer Schulträger führen. Das Schulangebot sollte vielfältiger ausgestaltet werden.

Anschließend teilte Herr Maas den Ausschussmitgliedern seine Stellungnahme zu diesem Antrag mit. Frau Horstmann und er berichteten noch über ihre Erfahrungen aus der Realität und den geführten Elterngesprächen im Hinblick auf Anmeldungen bei den Hauptschulen. Bei allem Leistungsvermögen stünden die Hauptschulen so niedrig im Ansehen der Eltern, dass sie eher eine Gesamtschule denn eine Hauptschule wählen würden. Dies beruhe nicht auf konkreten Erkenntnissen sondern sei emotional zu begründen. Die Hauptschulen seien in den Ruf geraten, der für Eltern Unattraktivität darstelle. Dies müsse bei den Überlegungen einer Elternbefragung einbezogen werden.

Sodann ließ der Vorsitzende über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen: